



Jugendbeschäftigung – Grüne Vorschläge für eine chancenreichere Zukunft

Pressekonferenz

mit

Abg. z. NR Mag.^a Birgit Schatz,
Grüne Sprecherin für ArbeitnehmerInnenpolitik

Grüner Klub im Parlament, Löwelstraße 12, 1017 Wien

Wien, am 2. April 2009

1. Die Problemlage: Steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Atypisierung

1.1. Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit der 15-25 Jährigen stieg im März 2009 um 39,3% auf 44 085 Personen.

Junge ArbeitnehmerInnen zwischen 15 und 24 Jahren sind von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Sie finden entweder gar keinen Ausbildungsplatz oder keine Arbeit nach der Lehre, Schule oder Universität. Und - sie sind leider auch häufig die ersten, die ihren Job wieder verlieren, da sie meist nicht zur langjährigen Stammbesetzung gehören.

Die hohen Zuwachsraten in der Jugendarbeitslosigkeit sind spätestens seit März 2009 nicht mehr zu verstecken. Österreich besitzt zwar im EU-Vergleich eine der niedrigsten Arbeitslosenraten in der Altersgruppe, die Jugendarbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen lag allerdings bereits seit Jahren im Schnitt höher als die der Personen im Haupterwerbsalter und stieg in den letzten Jahren alarmierend an.

1.2 Atypische und prekäre Beschäftigung- Outsider als Mehrheit am Arbeitsmarkt

Die Situation junger ArbeitnehmerInnen ist vom **Übergang von Ausbildung in Beschäftigung** geprägt. Sie müssen erst am Arbeitsmarkt Fuß fassen und das war schon immer eine kritische und unsichere Phase. In den letzten Jahren aber dehnte sich diese kritische Übergangsphase in Österreich tendenziell immer weiter aus. Dauerhafte Beschäftigung und gesichertes Einkommen sind für Junge heute kaum erreichbar. Sie steigen über atypische Beschäftigungsformen mit geringem Sozialschutz und niedrigen Löhnen in den Arbeitsmarkt ein (Werkverträge, freie Dienstnehmer, geringfügig Beschäftigte, Heimarbeiter, unfreiwillige Teilzeit Telearbeiter etc.). Die Jobunsicherheit ist groß, nicht nur im einfachen Qualifikationssegment.

So ist der Anteil junger Menschen bis 30 in all diesen atypischen Bereichen mittlerweile relativ hoch, besonders allerdings bei den LeiharbeiterInnen und bei geringfügig Beschäftigten. Ca. 70% aller LeiharbeiterInnen (insg. 2008 68081) sind junge ArbeitnehmerInnen, die Hälfte davon ist armutsgefährdet und verdient weniger als 800,- Euro.

Auch bei den geringfügig Beschäftigten haben die Jungen mit einem Drittel den höchsten und einen ständig steigenden Anteil, der bei den unter 20-jährigen allein im letzten Jahr um 20,5% und bei den 20-29-jährigen um 12,5% gewachsen ist.

2. Auswirkungen der Krise oder doch jahrelange politische Fehlsteuerung?

2.1. (Aus-)bildung: Schule und Lehre

Die Rigidität des österreichischen Bildungs- und Ausbildungssystems hat auf grund rot-schwarzer Blockadepolitik massiv zur Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen vieler Jugendlicher beigetragen.

Die Probleme am Lehrstellenmarkt und mit der steigenden Gruppe der Personen ohne Pflichtschulabschluss ist ein Problem des zersplitterten österreichischen Schulsystems mit geringen Durchlässigkeiten und früher Selektion, was einer grundlegenden Änderung bedarf (siehe Grüne Bildungsreform), die aber aufgrund der noch immer andauernden jahrzehntelangen Reformblockade der SPÖ-ÖVP Koalition nicht möglich ist.

Auch das duale Ausbildungssystem, die Lehre konnte aufgrund der Reformresistenz von Rot und Schwarz nicht auf stattfindende **Veränderungen in der Arbeitswelt und daher** Anforderungsprofilen angemessen reagieren. Es ist geprägt durch veraltete Berufsbilder und zu starker Spezialisierung

2.2. Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Jungen ?

Seit Jahren gibt es den Trend reguläre Vollzeit-Arbeitsplätze wegen Anforderungen zur Personalkostenreduktion durch billigere Arbeitskräfte wie PraktikantInnen, Freie DienstnehmerInnen, Teilzeitbeschäftigte WerkvertragsnehmerInnen etc. zu ersetzen.

Leider konzentrieren sich bisher Sozialpartner und Regierung meist auf die Absicherung geschützter Kernbelegschaften, ihrer Stammklientel. Die Atypisierung der jungen, schlecht organisierten ArbeitnehmerInnen am Rande des Arbeitsmarktes wird dabei bewusst in Kauf genommen. Die Flexibilisierungspolitik der letzten Jahre traf auch insbesondere die Jungen.

Junge ArbeitnehmerInnen sind wesentlich deutlicher von der Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse durch Liberalisierung und Flexibilisierung betroffen als andere, weil z.B. bei Älteren Ähnliches auf Grund bestehender Verträge und hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad nicht leicht verändert werden kann. So werden in Folge leider die Generation gegeneinander ausgespielt.

3. Politik der Regierung und die GRÜNE Kritik daran

3.1. Die Krisenpakete wurden nicht für junge Menschen geschnürt, ja gingen weitgehend bisher an den Jungen vorbei

Bei bisherigen Maßnahmen anlässlich der Krise zur Sicherung der Beschäftigung in Österreich wie in EU-Europa wurden junge ArbeitnehmerInnen als Zielgruppe leider nicht berücksichtigt. Die zentrale Krisenmaßnahmen in Österreich, die Kurzarbeit hat großteils aus langjährigen MitarbeiterInnen bestehende Kernbelegschaften als Zielgruppe, während etwa tausende LeiharbeiterInnen - unter ihnen besonders viele Junge – ihren Job verlieren.

Angekündigte und stattfindende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für junge Menschen konzentrieren sich noch immer auf deren Beschäftigungsfähigkeit, also im wesentlichen auf die Vermittelbarkeit und im besten Falle auf die Verbesserung ihrer Qualifikation. Diese seit Jahren weitgehend erfolglos praktizierte Strategie wird allerdings bei weitem nicht genug sein! Es muss dringend zukunftsfähige und qualitativ hohe Beschäftigung geschaffen werden.

3.2. Neue Regierungsvorschläge für Junge: planlos und wenig zukunftsweisend

Noch immer agiert die Regierung weitgehend planlos und kommt über das Schnüren von punktuellen Krisenpaketen, deren Wirksamkeit sehr offen ist nicht hinaus. Seit März regnet es förmlich von allen Seiten Einzelvorschläge zur Sicherung der Jugendbeschäftigung. Doch die Ansätze der Regierung sind von einer Fortschreibung alter Programme geprägt und enthalten keine grundlegenden und notwendigen Reformen der Ausbildung und progressive arbeitsmarktpolitischen Programme. Begleitend dazu unterstützt die Wirtschaftskammer wiederum unkritisch den weiteren Ausbau von prekären Arbeitsverhältnissen wie Praktika oder Teilzeitstellen durch noch mehr Gießkannenförderungen an die Unternehmen.

Der Sozial- und Arbeitsminister nennt große Summen, wobei es sich bei den neuen Ankündigungen nur um Aufstockungen handelt und die versprochenen Jobs und Schulungen weitgehenden unpräzisiert bleiben. So will Minister Hundsdorfer der auf die sehr lange Bank geschobenen Ausbildungsgarantie nun auch noch eine zweite für die Gruppe der 15-24-Jährigen hinzufügen. Das wirkt wenig glaubwürdig und noch weniger realistisch. Beide Maßnahmen sollen bis Ende September umgesetzt sein, so das Versprechen. Wir GRÜNE können daran auf Grund der enttäuschenden Erfahrungen mit der Ausbildungsgarantie, die bereits im Juli 2008 beschlossen wurde einfach nicht glauben.

4. Mut zu mehr:

GRÜNE Vorschläge für mehr Chancen und bessere Jobs

Die Problemlagen junger Menschen beim Einstieg oder im Erwerbsleben sind sehr unterschiedlich. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Absolvierung der Schulpflicht, die aber je nach individueller Möglichkeit zu einem Schulabschluss führen kann oder auch nicht. Die Tatsache, dass unser grundlegendes Schul- und Bildungssystem nicht allen Kindern und Jugendlichen dieselben Ausgangschancen für höhere Bildung oder berufliche Karrieren bietet, kann hier als Problem nur gestreift aber nicht ausgeführt werden (vgl. GRÜNES Bildungsprogramm).

Nach Ende der Schulpflicht ergeben sich unterschiedliche Realitäten, deren Problemfelder und GRÜNE Lösungsansätze – immer im Kontext der Problematik Jugendbeschäftigung - nun erläutert werden sollen.

4.1. Weiterer Schulbesuch

Zahlreiche junge Menschen überlegen nach dem erfolgreichen Abschluss der Unterstufe welche berufliche Richtung sie künftig anstreben wollen. Der Besuch einer BHS ist deshalb häufig das nächste Ziel in ihrem Ausbildungsweg. Allerdings sind dort nach wie vor zu wenige Kapazitäten vorhanden, um interessierten jungen Menschen jene Ausbildung zu ermöglichen, die sie anstreben.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

- **Ausbau der Kapazitäten an berufsbildenden Schulen**

4.2. Lehrausbildung

Doch auch wer sich für den Weg einer Lehrausbildung entscheidet, hat nach wie vor – trotz Parlamentsbeschluss und Versprechungen des zuständigen Ministers - keine Garantie einen entsprechenden Ausbildungsplatz zu bekommen oder gar eine chancenreiche Ausbildung abzuschließen.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

- **Keine weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung der Ausbildungsgarantie**
- **Zukunftsgerechte Reform der dualen Ausbildung (breitere Berufsbilder, Modularisierung)**
- **Abschaffung der im Sommer 2008 eingeführten Lehrlingskündigungsmöglichkeiten**
- **Verkürzung der Probezeit auf ein Monat**

4.3. Wenigqualifizierte Schulaussteiger

Leider gibt es nach wie vor zahlreiche Jugendliche, die nach Ende ihrer Schulpflicht keinen Schulabschluss erlangen. Ihnen bleibt häufig nur eine Laufbahn als HilfsarbeiterIn oder – noch schlimmer – sie finden überhaupt keinen Einstieg ins

Berufsleben. In diesem Fall hilft für eine deutliche Besserstellung nur eine zusätzliche Qualifikation.

Wir GRÜNE fordern daher:

- **Einen Rechtsanspruch auf das kostenlose Nachholen von Bildungsabschlüssen bis zum Maturaniveau**
- **Ausbau von AMS-Programmen zum Nachholen von Bildungsabschlüssen auch für über 21-Jährige**

4.4. Keine Vollzeitanstellung in Aussicht

Egal welchen Ausbildungsweg jungen Menschen einschlagen, der Einstieg in ein Berufsleben, das Absicherung und faires, regelmäßiges Einkommen garantiert, ist kaum möglich. Allerdings sind die prekären Zwischenphasen durchaus unterschiedlich zu bewerten und bedürfen auch unterschiedlicher Verbesserungsansätze.

4.4.1. LeiharbeiterInnen

Die Zahl der Leih- bzw. ZeitarbeiterInnen hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Allerdings ist wenig bekannt, dass zwischen 70 und 80% aller ZeitarbeiterInnen junge ArbeitnehmerInnen sind, die keinen anderen Job bekommen. Sie führen ein Leben in Unsicherheit, Unstetigkeit und sind nun auch die ersten, die ihren Job verlieren.

Wir GRÜNE fordern daher:

- **Bekanntnis zur Zeitarbeit als Möglichkeit Produktions- und Arbeitsspitzen abzufedern, aber nicht als Instrument zur Personalkostenreduktion.**
- **Prozentuelle Begrenzung der ZeitarbeiterInnen im Unternehmen**
- **Übernahmeregelungen von längerfristig im In-Anspruch-Nehmenden-Unternehmen tätigen ZeitarbeiterInnen**
- **Zuschläge zur Arbeitslosenversicherung und zur Abfertigungsregelung**

4.4.2. Generation Praktikum

Ebenso wenig wie gering Qualifizierte oder auch junge FacharbeiterInnen Fixanstellungen erhalten, ist dieses Ziel für hoch qualifizierte und akademisch gebildete junge Arbeitssuchende zu erreichen. Viele von ihnen sind gezwungen sich mangels Alternativen und in der Hoffnung in Folge doch eine Anstellung zu ergattern auf schlecht oder gar nicht bezahlte und ebenso wenig abgesicherte „Praktika“ einzulassen. Es ist deshalb notwendig ausbeuterische Scheinpraktika in reguläre Arbeitsverhältnisse umzuwandeln und Ausbildungspraktika im eigentlichen Sinne an klare Qualitätskriterien zu binden.

Wir GRÜNE fordern daher:

- **Ein Praktikums-gesetz, dass klar eine Abgrenzung zwischen Aus-bildungsverhältnis, Volontariat und normalen Arbeitsverhältnis ermöglicht, damit die Ausbeutung von jungen Menschen verhindert und**

ihre wirkliche Ausbildung im Rahmen von Praktika qualitativ absichert wird.

- **Eine bessere Unterstützung und Förderung für Start ups/GründerInnen**

4.4.3. GET IN

Schließlich ist es aber einfach notwendig unmittelbar neue Jobs für junge Menschen zu schaffen. Denn diese wichtige Maßnahme ist weder über indirekte Wirtschafts- und Konjunkturförderung, noch über legislative Schritte absolut zu garantieren.

Wir GRÜNE fordern daher:

- Das Projekt **GET IN**. Dabei werden für ein Jahr Arbeitsplätze für qualifizierte junge Menschen im öffentlichen bzw. NGO-Bereich geschaffen, wobei 2/3 der Lohnkosten von der öffentlichen Hand übernommen werden. Mehr als 80% dieser Kosten würden durch den Primäreffekt (eingesparte Gelder für ALV, LST, SV-Beiträge) ins Budget zurück fließen.

4.5. Sonstige Maßnahmen

- Jugend-AMS in allen Bundesländern mit eigenem Budget, Programm und Betreuung
- Altersteilzeit mit sinnvoller Jobrotation, d.h. junge ArbeitnehmerInnen **müssen** anstatt der früher ausscheidenden oder arbeitszeitreduzierenden älteren ArbeitnehmerInnen eingestellt werden.